

LOCCUM REPORT 1-2025

“Aufrüstung als ethische Verantwortung oder Verfehlung?”

Studientag der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD
30.-31. Januar 2025, Evangelische Akademie Loccum

Autoren: **Andreas Dieterich & Maximilian Schell**

Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Februar 2022 hat die Debatte um die friedensethische Orientierung in der evangelischen Kirche eine neue Dynamik gewonnen. Angesichts der Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen aus Deutschland und der EU gehört dazu auch eine Diskussion um die Haltung zu Rüstungsindustrie, Rüstungsbeschaffung und Rüstungsexporten.

Während des Studientages der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD, der jährlich Fachleute aus Friedensbildung, Friedensethik und Friedenspraxis aus dem evangelischen Kontext des gesamten Bundesgebietes zusammenführt, diskutierten 70 Teilnehmende über dieses Themenfeld – unter Ihnen maßgebliche Friedensethiker:innen, Rüstungsexpert:innen und politische Entscheidungsträger:innen.

Dieser Tagungsbericht fasst in aller Kürze die wichtigsten Ergebnisse der Tagung zusammen. Die hier dargelegten Perspektiven spiegeln nicht unbedingt die Ansichten aller teilnehmenden Personen und Institutionen wider.

Für weitere Informationen zur Veranstaltung folgen Sie bitte diesem Link:

<https://www.loccum.de/tagungen/2503/>

Auf der Tagung wurde die Ambivalenz des Themas Rüstung und damit auch das ethische Spannungsfeld verdeutlicht, das alle hier im Folgenden angerissenen Punkte durchziehen wird: Einerseits können Rüstungsgüter unter eng gesetzten Kriterien und mit Hilfe politisch kluger Domesticierung als ethisch legitimes Mittel der Selbstverteidigung und Aufrechterhaltung von Ordnung verstanden werden. Andererseits gehen mit der Vervielfältigung, Nutzung und dem Transfer von Rüstungsgütern vielfältige Gefahren einher. Die Gefahr entfesselter Militarisierung, Eskalations- und Rüstungsspiralen oder gesteigerte wechselseitige Bedrohungswahrnehmungen der Konfliktparteien sind hier nur einige Stichworte, die aus guten Gründen diskutiert wurden. Vier Punkte dieses grundlegenden Spannungsfeldes wurden besonders herausgearbeitet: Militarisierung und die Gefahr des Militarismus, Rüstung ja, aber wieviel, und wo bleibt die Frage der Rüstungskontrolle und Abrüstung?, Die Haushaltsfrage, Europäisierung vs. nationale Egoismen der Rüstungspolitik, Der Gerechte Frieden als integrativer Friedensbegriff und die Aufgabe der Kirchen. Im Folgenden wird der beobachtete Diskussionsstand der Loccumer Tagung zu diesen vier Punkten geschildert sowie jeweils mit einer Bewertung der Autoren versehen.

■ Militarisierung und die Gefahr des Militarismus

Die Analyse der Expert:innen offenbarte klare Zeichen für eine zunehmende Militarisierung, ohne jedoch bereits in Militarismus zu münden. Militarisierung ist ein komplexer Transitionsprozess, der auf verschiedenen Ebenen – politisch und gesellschaftlich – erkennbar ist. Dieser Prozess zeigt sich unter anderem in der Debatte um die Finanzierung von Verteidigungsausgaben, die Rolle der Bundeswehr und die Wehrpflicht. Auch in akademischen Diskursräumen ist dieser Wandel spürbar: beispielsweise durch die zunehmende Einschränkung von Zivilklauseln an Universitäten, die dazu führt, dass Rüstungsforschung teilweise im Geheimen stattfindet und damit eine wichtige demokratische Funktion der Wissenschaft verloren geht.

Diese Entwicklung der zunehmenden Militarisierung sei, global gesehen, keineswegs neu, so die Einschätzung der Diskutanten auf der Loccumer Tagung. Bereits seit 2010 lässt sich global ein signifikanter Anstieg der Rüstungsausgaben feststellen. Die oft zitierte „Zeitenwende“ ist für die deutsche Verwaltung tägliche Realität: Bedrohungsszenarien mit Russland, China, Iran und Nordkorea bestimmen dabei das (sicherheitspolitische) Handeln. Als Reaktion darauf wird nicht nur die Ausstattung der Bundeswehr verbessert, sondern auch die industriepolitischen Fähigkeiten im Verteidigungssektor gestärkt.

Ein weiteres Merkmal der Militarisierung ist ihre enge Verknüpfung mit Prozessen der „Versicherheitlichung“ und der Konstruktion von Feindbildern. Es sei wichtig, diesen Entwicklungen mit Bedacht zu begegnen, um nicht ungewollt in eine militaristische Denkweise abzurutschen. Dabei sollte stets auch ein „Danach“ – also die Zeit nach einem Konflikt und die Möglichkeit der Versöhnung – mitgedacht werden.

In der öffentlichen Debatte über Sicherheitspolitik fiele auf, dass Ängste geschürt und extreme Szenarien gezeichnet würden, die oft nicht den realistischen Handlungsspielraum widerspiegeln. Momentan sei die Diskussion stark einseitig, während die Stimme des Friedens kaum Gehör fände.

Bewertung:

Eine verkürzte Debatte trägt nicht dazu bei, die Komplexität der Herausforderungen angemessen abzubilden. Stattdessen wird der Fokus oft nur auf finanzielle Fragen gelegt, ohne grundsätzlich zu hinterfragen, welche Fähigkeiten für Verteidigung und Sicherheit tatsächlich erforderlich sind. Die Diskussion sollte sich daher nicht darauf beschränken, ob mehr Geld benötigt wird, sondern vielmehr analysieren, welche militärischen und nicht-militärischen Fähigkeiten erforderlich sind, um (menschliche) Sicherheit gewährleisten zu können.

Ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ zur Aufrüstung verkürzt die Debatte unsachlich und birgt die Gefahr von Lösungen, die den realen Anforderungen nicht gerecht werden. Notwendig sind vielmehr ein differenzierter Blick auf die Situation, fundierte Analysen und offene Debattenräume. Zudem fehlt es derzeit an kritischen Stimmen aus der Kirche und der Zivilgesellschaft, die sich mit der zunehmenden Militarisierung und der Rückkehr zur Abschreckungspolitik auseinandersetzen. Die pauschale Akzeptanz der „Zeitenwende“ als unumstößliches Narrativ muss hinterfragt werden. Es gilt, die Hoffnung auf Frieden zu bewahren und daran zu glauben, dass trotz aktueller Kriege eine gerechtere Weltordnung möglich ist. Die Kirche kann hierbei eine konstruktive Gegenperspektive einbringen.

Bischof Friedrich Kramer, der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, sprach auf dem Podium von der Bedeutung der europäischen Einheit als stärkste Verteidigungskraft. Russland versuche, diese Einheit zu untergraben, was im Umkehrschluss bedeute, dass wir zu dieser Einheit und unseren demokratischen Werten stehen und diese verteidigen müssten. Doch die zentrale Herausforderung und Fragestellung bleibt: Wie finden wir das richtige Maß an Verteidigung? Sicherheit kann nicht allein militärisch gedacht werden.

■ Rüstung ja, aber wieviel, und wo bleibt die Frage der Rüstungskontrolle und Abrüstung?

Während die große Mehrheit der Konferenzteilnehmenden Rüstungsvorhaben vor dem Hintergrund der gegenwärtigen geopolitischen Situation als legitim betrachtet hat, traten bei der Frage, wie gerüstet werden soll, deutliche Divergenzen zu Tage. Das zeigte sich schon in der Sprache: Einige sprachen von notwendiger „Kriegstüchtigkeit“, andere sprachen von „Verteidigungsfähigkeit“ und der Notwendigkeit, konventionelle Abschreckung mit so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich Rüstung und Drohpotential zu gestalten. Einige traten dafür ein, der Expertise der Entscheidungsträger:innen der NATO und der westlichen Geheimdienste zu vertrauen und entsprechend der geäußerten Bedarfe aufzurüsten, andere wiederum hoben hervor, dass Fragen über das Maß und das Ziel der Aufrüstung gerade in den öffentlichen Diskurs gehörten und damit sehr viel transparenter über die Aufrüstungs- wie auch Rüstungstransfervorhaben berichtet werden sollte.

Auch mit Blick auf Russland gab es ein breites Spektrum unterschiedlicher Perzeptionen des Gegners und des Bedrohungsszenarios: Auf der einen Seite des Spektrums wurde argumentiert, dass man sich im Angesicht des imperialen Feindes auf alle Bedrohungen bestmöglich und so schnell wie möglich vorzubereiten habe, auf der anderen Seite wurde angenommen, dass Russland positiv und deeskalierend reagieren würde, wenn nur genug selbstkritische Aufarbeitung der Fehler des Westens geschehe sowie Entspannungssignale gesendet würden.

Bewertung:

Aus friedensethischer Perspektive lässt sich zu diesem Diskussionsverlauf der Loccumer Tagung Folgendes sagen: Die imperialen Ansprüche und Großmachtfantasien Russlands sind gut belegt und nicht von der Hand zu weisen – man denke nur an die Ideologie der „Russischen Welt“ (Russki Mir), die als prägende politreligiöse Figur zu verstehen ist.¹ Die Tyrannei Russlands ist real und Verniedlichungen sind unangebracht. Auf diese Bedrohung jedoch mit dem Motto „viel hilft viel“ zu reagieren, erscheint nicht nur friedensethisch, sondern auch politisch unklug. Vielmehr gilt es, zukünftig verstärkt zu diskutieren, wie eine glaubhafte, abschreckende und zugleich begrenzte konventionelle Verteidigungsfähigkeit aussehen könnte² – eine Verteidigungsfähigkeit also, die den potenziellen Angreifer davon überzeugt, dass er seine Angriffsziele unmöglich erreichen wird und eine Verteidigungsfähigkeit, die dem Angreifer signalisiert, dass die begrenzte Abschreckung nicht auf Angriff oder Rache zielt, sondern vielmehr – durchaus im Sinne eines einseitigen Zuvorkommens und „intelligenter Feindesliebe“ (Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker) – mit Angeboten des Dialogs und der Rüstungskontrolle bzw. Abrüstung einhergeht – selbst, wenn es gegenwärtig unrealistisch ist, dass Putin auf solche Angebote eingehen wird. Eine solche glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit braucht laut dem ev. Friedensethiker Prof. Dr. Michael Haspel eine schnell einsatzbereite Streitmacht, Munition und Luftabwehrsysteme über einen längeren Zeitraum sowie „Resilienz gegen cyber war und Propaganda.“³ Aber eine solche begrenzte Abschreckung als transparente und dem öffentlichen Diskurs zugängliche Strategie würde sich erheblich unterscheiden von einem relativ intransparenten und gefährlichen Rüstungsvorhaben nach dem Motto „viel hilft viel“.

■ Die Haushaltsfrage, Europäisierung vs. nationale Egoismen der Rüstungspolitik

Die Debatte um Verteidigungsausgaben werde oft auf einen simplen Prozentsatz reduziert. Doch diese Prozentdiskussion um zwei oder mehr Prozent des BIP für die Verteidigung sei wenig zielführend, so die Diskutanten der Loccumer Tagung. Grundlage für die Bereitstellung finanzieller Mittel sei eine realistische Bedrohungsanalyse, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Leider konzentriere sich die öffentliche Diskussion häufig ausschließlich auf Zahlen, anstatt sich mit den tatsächlichen Bedarfen und bestehenden Fähigkeiten sowie der Absprachen darüber auf europäischer Ebene auseinanderzusetzen.

Eine weitere Herausforderung bestehe in der Konkurrenz zwischen äußerer und sozialer Sicherheit. Diese beiden Aspekte würden oft gegeneinander ausgespielt. Hier bräuchte es eine ehrliche Diskussion darüber, woher die gestiegenen Mittel für Sicherheit und Verteidigung kommen sollen.

Mit Blick auf die europäische Ebene könne festgehalten werden: In der sicherheitspolitischen Diskussion werde häufig ein zu großer Fokus auf Deutschland gelegt, während NATO und EU als übergeordnete Akteure zu wenig berücksichtigt würden. Ein grundlegendes Problem liege darin, dass trotz enormer finanzieller Investitionen oft nur begrenzte sicherheitspolitische Ergebnisse erzielt würden. Eine echte „Zeitenwende“ müsse daher vor allem die Europäisierung der Rüstungspolitik und -industrie vorantreiben. Zwar hätten viele Staaten erkannt, dass eine sicherheitspolitische Kooperation auf EU-Ebene unverzichtbar sei, doch aufgrund der nationalen

¹ Vgl. Eric Voegelin, Die politischen Religionen (hg. und mit einem Nachwort versehen von Peter J. Opitz), München 1996 (Orig. 1938).

² Vgl. dazu Michael Haspel, Abschreckung als Prävention? Die Logik der Abschreckung und das Leitbild des gerechten Friedens, in: Schell/Anselm/Krippner (Hg.), Gerechter Frieden auf dem Prüfstand. Ein Lesebuch zu gegenwärtigen Suchprozessen evangelischer Friedensethik, Leipzig 2025 (im Erscheinen).

³ Ebd.

Zuständigkeiten bestünden weiterhin erhebliche strukturelle Probleme.

Trotz gemeinsamer europäischer Regelungen wichen die nationalen Praktiken erheblich voneinander ab, so die Einschätzung der Teilnehmenden. Dies führe zu einem großen Graben zwischen Theorie und Praxis. Eine verstärkte europäische Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit sowie eine gemeinsame Beschaffung seien essenziell, um effizientere Strukturen zu schaffen und die vorhandenen Mittel effizient zu nutzen – anstatt nach immer mehr Mitteln zu rufen. Allerdings würde dies auch bedeuten, dass nicht mehr alle Staaten ihre eigenen Rüstungsindustrien aufrechterhalten könnten – eine Diskussion über mögliche wirtschaftliche Verlierer sei daher notwendig.

Bewertung:

Die Forderung nach immer höheren Verteidigungsausgaben bei gleichzeitiger Ineffizienz in deren Nutzung stellt ein ethisches Problem dar.⁴ Die größte Herausforderung für die EU bleibt die Balance zwischen nationalen Interessen und notwendiger sicherheitspolitischer Kooperation. Hier müssen dringend Lösungsansätze gefunden werden, insbesondere hinsichtlich der Frage, welches Land welche Fähigkeiten bereitstellen kann. Anstelle einer reinen Finanzierungsdiskussion sollte der Fokus auf Bedarfsanalysen und Fähigkeitsentwicklungen gelegt werden. Nur auf dieser Grundlage kann eine vernünftige finanzielle und strategische Planung erfolgen.

Langfristig gibt es keine Alternative zur europäischen Zusammenarbeit. Komplexe sicherheitspolitische Projekte können nur durch eine verstärkte Kooperation realisiert werden, die auf gemeinsamen Regeln basiert. Die Frage nach der Finanzierung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik muss ebenfalls europäisch gedacht werden, beispielsweise durch Umverteilung bestehender Mittel, eine effizientere Nutzung von Ressourcen, bessere Abstimmung zwischen den Staaten oder der Aufnahme von Schulden auf EU-Ebene.

Darüber hinaus müssen sicherheitspolitische Debatten grundlegend anders geführt werden. Eine stärkere gesellschaftliche Beteiligung ist erforderlich, und die Zivilgesellschaft sowie die Kirche können eine wichtige Rolle spielen, indem sie sich sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene für eine differenzierte und verantwortungsbewusste Diskussion einsetzen.

■ Der Gerechte Frieden als integrativer Friedensbegriff und die Aufgabe der Kirchen

Auf der Tagung wurde unter anderem die Frage aufgeworfen, ob momentan überhaupt die Zeit sei, an Frieden zu denken. Zudem wurde berichtet, dass die Stimmung in der EU nicht auf den Frieden gepolt sei, sondern zunächst auf Sicherheit. Die bedrohten Partner in der EU sagen verständlicherweise, dass sie zuerst einmal dafür sorgen müssten, dass nicht auf sie geschossen würde, dann könnten sie über den Frieden nachdenken. Ein berechtigtes Anliegen, zumal den Opfern von Gewalt und Tyrannei die Rede von Frieden in einer solch existenziell bedrohlichen Situation nicht selten zynisch und weltfremd erscheint.

Bewertung:

Aus theologischer und friedensethischer Perspektive lässt sich hier sagen: Es steht völlig außer Frage, dass die Wahrung eines Rechtsraumes, die Aufrechterhaltung staatlicher und territorialer Integrität – zur Not auch mit Waffen als ultima ratio – ein prioritäres und zumeist konditionales Gut für die breite Ermöglichung von Friedensprozessen darstellt. Die „Sicherheitslogik“

⁴ Vgl. dazu näher Hartwig von Schubert, Europa – allein zu Haus? Die europäische Rüstungspolitik im Licht ethischer Urteilsbildung, in: Maximilian Schell/ Reiner Anselm/ Friederike Krippner (Hg.), Gerechter Frieden auf dem Prüfstand. Ein Lesebuch zu gegenwärtigen Suchprozessen evangelischer Friedensethik, Leipzig 2025 (im Erscheinen).

hat ihr gutes Recht, allerdings lässt sie sich weder logisch noch zeitlich von der „Friedenslogik“ entkoppeln. Es wäre zu kurz gegriffen, mit Blick auf Sicherheit und Frieden an zwei zeitlich aufeinanderfolgende Stufen zu denken: Erst die Sicherheit, dann der Friede durch Gerechtigkeit. Die Sache ist „verwobener“, oder theologisch gesprochen: So wie der Friede Christi in eine Welt voller Konflikte strahlt, lässt sich Friede und Gerechtigkeit bereits mitten im Krieg finden und fördern, zwar nur fragmentarisch und punktuell, aber er ist da, und er zeigt, wo es hingehen soll.

Vor diesem Hintergrund ist es eine der primären Aufgaben der Kirchen, den Frieden mitten im Konflikt zu bezeugen und all die Initiativen zu stärken, die bereits jetzt gewissermaßen eine utopische – theologisch gesprochen: eine eschatologische – Wirklichkeit verkörpern. Hier ist etwa an Projekte in Gemeinden, in denen Angehörige verfeindeter Gruppen bereits jetzt zusammenarbeiten, zu denken oder an das Projekt „Verständigungsorte“, an Versöhnungsprojekte, an die Chancen der weltweiten Ökumene und auch an die Chancen der weltweiten universitären Zusammenarbeit mitten im Krieg.

Aufgabe der Kirchen ist es, an der regulativen Idee des Gerechten Friedens festzuhalten und immer wieder zu fragen, wie er trotz aller Rückschritte prozesshaft zu implementieren ist – auch in der Sprache (Prof. Dr. Thomas Hoppe). Vielleicht könnte man es mit Blick auf den während der Tagung immer wieder gefallen Satz „wer den Frieden will, bereite den Krieg vor“ besser so formulieren: Wer den Frieden will, der zeige sich verteidigungsbereit gegenüber der Tyrannei, und: Wer den Frieden will, der bereite immer wieder und gegen allen Anschein den Frieden vor. Auch in Zeiten des Krieges und der Infragestellung von Demokratie und regelbasierter Ordnung hat das Leitbild des Gerechten Friedens nichts an normativer und theologischer Bedeutung eingebüßt.

Es ist auf dieser Linie zu begrüßen, dass sich in den verschiedenen Gesprächsgängen während der Tagung alle einig waren, dass Frieden nicht allein über Sicherheit und Abwesenheit von Gewalt implementiert werden kann, sondern dass es gleichzeitige Bemühungen um Gerechtigkeit, um Freiheitsförderung, um Abbau von Not und um innerdemokratischen Zusammenhalt braucht. Hier sollte hinzugefügt werden: Es braucht entgegen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Trends weiterhin Bemühungen um eine verstärkte Verletzungssensibilität für strukturell benachteiligte Gruppen, es braucht den intersektionalen Blick auf strukturelle, sprachliche und direkte Diskriminierung, einen kritischen Blick auf Sexismus, Rassismus, Klassismus und Ableismus. Den Frieden so integrativ und auf vielen Ebenen zu denken, ist eine Mammutaufgabe und kann auch überfordern. Doch nur weil etwas schwierig ist, sollte man es in normativer Perspektive nicht fallen lassen.

Vor diesem Hintergrund ist zum Schluss auf die letzte große Aufgabe der Kirchen zu verweisen: Das Gebet und die Friedensspiritualität. Im Gebet wird sich der Mensch gewahr, dass zum Frieden nicht nur Aktivität, sondern auch Passivität gehört, nicht nur reden und tun, sondern auch hören, erwarten, angesehen werden (Prof. Dr. Klara Butting). Im Vertrauen auf Gottes Friedenshandeln in der Welt im Hier und Jetzt drückt sich eine leidenschaftliche Passivität aus, ein Angesehen-Werden, das Herzen und Sinne verändert, dass die innere und äußere Resilienz stärkt und das uns in all unserem vermeintlichen Wissen und Besserwissen um den Krieg und den Frieden demütig macht.

■ Nicht *über*-, sondern *miteinander* reden – Notwendiger Austausch mit der Rüstungswirtschaft

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Tagung einen außergewöhnlichen Diskursraum zu einem hoch relevanten und brisanten Thema eröffnet hat. Die Veranstaltung zeigte: Die direkte Begegnung von friedens- und kirchenpolitischen mit rüstungspolitischen und wirtschaftlichen Akteuren ist lohnenswert, fruchtbar und notwendig. Es wurde in einem öffentlichen Raum nicht *über*, sondern *mit* Akteuren der Rüstungswirtschaft und -politik gesprochen – Akteure und Unternehmen, die in der Öffentlichkeit (auch der kirchlichen) nicht selten moralisch unter Generalverdacht gestellt werden. Die direkte Begegnung trug zu einem besseren Verständnis von schwierigen Abwägungen in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern und deren verschiedenen Systemlogiken bei, zu einem besseren Verständnis der vorhandenen Bemühungen z. B. um eine verantwortungsvolle Unternehmensführung und um restriktive Rüstungspolitik. Und zugleich – und hier kommt die friedensethische und theologische Perspektive in den Blick – wurde die Frage gestellt, ob überhaupt, und wenn ja, wie Rüstung und Frieden zusammenzudenken sind; inwiefern also die beteiligten Akteure aus Zivilgesellschaft, Kirche, Politik und Rüstung im möglichst besten Maße ausgerichtet sein können auf ein Weltgemeinwohl, auf nachhaltige Entwicklung, kurz: Auf einen gerechten Frieden.⁵

⁵ GKKE, Rüstungsexportbericht 2024 der GKKE. Vorgelegt von der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte, Berlin 2024, Kapitel II.

Die Autoren:

Maximilian Schell

Dr. Maximilian Schell studierte Evangelische Theologie und Psychologie und ist Habilitand am Lehrstuhl für Systematische Theologie, Ethik und Fundamentaltheologie der Ruhr-Universität Bochum. Seine Forschungsexpertisen liegen in den Bereichen der internationalen Versöhnungsforschung, der Friedensethik, der Wissenschaftsethik sowie dem interdisziplinären Dialog zwischen Psychologie und Theologie. Seit 2023 ist er Mitglied des friedensethischen Redaktionsteams der Friedenswerkstatt der EKD.

Andreas Dieterich

Von Hause aus Politikwissenschaftler, ist heute Referent für Friedens- und Versöhnungsarbeit der Stiftung Frauenkirche in Dresden. Zuvor war er für Brot für die Welt als Referent für Zivile Konfliktbearbeitung tätig. Seit 2023 ist er Mitglied des friedensethischen Redaktionsteams der Friedenswerkstatt der EKD.

Disclaimer

Die in diesem Bericht dargelegten Ergebnisse und Informationen repräsentieren nicht notwendigerweise die Positionen und Meinungen aller Tagungsteilnehmenden und der durch sie vertretenen Institutionen. Der Bericht gibt die wichtigsten Schlussfolgerungen, Themen und Empfehlungen wieder, die während der Tagung erarbeitet wurden. Die reichhaltige und vielseitige Diskussion der zweitägigen Konferenz kann jedoch nicht in vollem Umfang erfasst werden.

Zur Evangelischen Akademie Loccum

Die Evangelische Akademie Loccum ermöglicht in jährlich über 80 nationalen und internationalen Veranstaltungen mit bis zu 5000 Teilnehmenden offene und gleichzeitig kritische Begegnungen in gesellschaftspolitischen Debatten. Die Akademie versammelt interdisziplinäre Expertise, kreiert Netzwerke von Akteuren und treibt so tragfähige Lösungen voran. Damit möchte sie die Demokratie in Deutschland stärken und den Frieden bewahren. Die Evangelische Akademie Loccum ist eine Einrichtung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und wurde 1946 gegründet.

Kontakt

Dr. Thomas Müller-Färber

Evangelische Akademie Loccum
Münchehäger Str. 6
31547 Rehburg-Loccum

Telefon: +49 (0) 5766 81-109
E-Mail: Thomas.Mueller-Faerber@evlka.de
Internet: www.loccum.de

Die Konferenz wurde gefördert von der:

